

Tagesordnung

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Rettungsdienst-Bedarfsplanung des Kreises Coesfeld; Vorstellung der vierten Fortschreibung 2005 Vorlage: VII/301

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Fachbereichsleiter Homering erläuterte den Inhalt der Sitzungsvorlage und gab darüber hinausgehende Erläuterungen. Die Ausführungen des Herrn Homering sind dem Protokoll als **Anlage I** beigelegt.

Ausschussmitglied Neumann fragte an, ob in den letzten Jahren die 20-Minuten-Grenze in irgendeiner Form überschritten worden sei. Fachbereichsleiter Homering sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu. Er könne derzeit nur Auskunft darüber geben, in wieviel Prozent die 12-Minuten-Grenze überschritten worden sei.

Antwort:

Auswertungen liegen nach Auskunft des Kreises Coesfeld nur noch für die Jahre 2004 und 2005 vor. In dieser Zeit ergaben sich bei 3 Einsätzen knappe Überschreitungen der 20-Minuten-Frist (Grund: 2mal war der Einsatz auswärtiger Rettungsmittel erforderlich, weil Coesfelder und Billerbecker RTW in anderen Einsätzen gebunden waren; 1mal führte die Suche der Einsatzstelle zu einer kurzen Überschreitung).

Ausschussmitglied Branse fragte nach, ob die Hilfsfrist nunmehr anders gemessen werden würde. Fachbereichsleiter Homering erläuterte, dass früher die Messung der Hilfsfrist mit Aufnahme der Meldung begonnen habe, jetzt beginne die Messung der Hilfsfrist bereits beim 1. Klingeln des Notrufs.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Branse teilte Fachbereichsleiter Homering mit, dass das Problem mit den Vorwahlnummern seit der Digitalisierung nicht mehr auf-trete.

Auf entsprechende Nachfrage von Ausschussmitglied Löchtefeld wies Fachbereichsleiter Homering darauf hin, dass jeder Rettungswache ein zweitzuständiger Rettungswagen zugeteilt sei.

Ausschussmitglied Fliß fragte nach, ob Teile von Eggerode durch die Rettungswache Billerbeck mit abgedeckt würden. Überschreitungen der Kreisgrenze gäbe es im Südkreis, im Nordkreis jedoch nicht, so Fachbereichsleiter Homering.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Branse teilte Fachbereichsleiter Homering

mit, dass für die Notarztversorgung der Kreis in 4 Bereiche aufgeteilt sei. Die Gemeinde Rosendahl sei dem St.-Vincenz-Hospital in Coesfeld zugeteilt.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste abschließend folgenden **Beschluss**:

Der Entwurf des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Coesfeld – Fortschreibung 2005 – wird zur Kenntnis genommen. Da keine Veränderungen für das Gemeindegebiet Rosendahl vorgesehen sind, ergeben sich keine Bedenken oder Anregungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2006 zur Praxis der Erteilung von Gaststättenerlaubnissen nach § 12 Gaststättengesetz (Gestattungen)

Vorlage: VII/298

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Polizeihauptkommissar Martin Pollmann von der Kreispolizeibehörde Coesfeld.

Ausschussmitglied Reints begründete die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Anfrage sei als Hinweis an die Verwaltung zu verstehen, zukünftig bei der Ablehnung der Gestattung von Gaststättenerlaubnissen etwas mehr Fingerspitzengefühl anzuwenden. Die Gemeinde hätte in diesem konkreten Fall eventuell auch auf den Veranstalter einwirken können.

Ausschussmitglied Steindorf monierte für die CDU-Fraktion, dass in der Sitzungsvorlage der Antrag der Grünen als Anfrage deklariert sei. Falls es sich um eine Anfrage handele, finde gemäß § 17 der Geschäftsordnung keine Aussprache statt.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Anfrage direkt an den Bürgermeister zwecks Aufnahme in die Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses gerichtet worden sei. Da es hier um ein Verhalten der Verwaltung gehe, sei es ihm wichtig, im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten, warum so verfahren worden sei.

Ausschussmitglied Neumann schlug vor, ähnlich wie die Bezirksregierung dies praktiziere, zukünftig im Vorfeld einer negativen Bescheiderteilung den Bürger anzuschreiben und diesen darüber zu informieren, dass sein Antrag negativ beschieden werden wird. Hier könne dann angefragt werden, ob der Bürger den Antrag zurücknehmen möchte, damit keine Gebühren anfallen.

Fachbereichsleiter Homering berichtete anschließend ausführlich über die gängige Praxis der Erteilung von Gaststättenerlaubnissen nach § 12 Gaststättengesetz (GastG). Die Ausführungen des Herrn Homering sind dem Protokoll als **Anlage II** beigelegt.

Anschließend stellte Herr Pollmann sich kurz vor. Er sei bei der Kreispolizeibehörde Coesfeld im Sachgebiet Einsatzangelegenheiten tätig, somit für alles zuständig, was mit öffentlichen Veranstaltungen zu tun habe. Polizei und Ordnungsbehörde hatten

in der Vergangenheit im Vorfeld von Veranstaltungen wenig miteinander zu tun, so Herr Pollmann. Gleichwohl sei es für die Polizei sehr wichtig, über all das informiert zu sein, was im Kreis Coesfeld passiere. Die Polizei müsse sich zeitig in die Lage versetzen können, dass sie bei Großveranstaltungen im Bedarfsfall frühzeitig und mit dem notwendigen Personal eintreffen könne. Veranstaltungen außerhalb genehmigter Räumlichkeiten bergen dabei ein sehr hohes Gefahrenpotential. Es sei daher wünschenswert und sinnvoll, dass Ordnungsbehörde und Polizei bereits im Vorfeld einer Veranstaltung versuchen, diese unter Berücksichtigung aller Aspekte zu durchleuchten. Dieser Kontakt sei in der letzten Zeit deutlich intensiviert worden. Im Kontakt mit der Ordnungsbehörde der Gemeinde Rosendahl sei es so, dass ihn Herr Homering anrufe und in besonderen Fällen nach seiner Meinung frage, wie mit der beantragten Veranstaltung umgegangen werden solle. Die Polizei versuche dann zu beraten. Im Einzelfall werde vor Ort auch gemeinsam das Gelände angeschaut.

Bei Großveranstaltungen mit einer erwarteten Teilnehmerzahl von 600 Personen - wie im angesprochenen Fall - steige die Anzahl der Polizeieinsätze nach 3.00 Uhr morgens deutlich, so Herr Pollmann. Folgeeinsätze an den Tagen darauf wegen Vandalismus seien die Regel. Die Folgeeinsätze ließen sich ableiten an Art und Dauer der Veranstaltung. Im Einvernehmen mit der Ordnungsbehörde werde daher bereits im Genehmigungsverfahren versucht, einen Zeitkorridor einzubauen (z.B. Ausschalten der Musik um 2.00 Uhr, Ende Ausschank 3.00 Uhr).

Herr Pollmann wies darauf hin, dass es wünschenswert wäre, wenn in eine ordnungsbehördliche Genehmigung mit eingebaut werden würde, dass ein professioneller Sicherheitsdienst zur Hilfe gezogen werden müsse. Professionelle Sicherheitsdienste verfügen über Mitarbeiter mit fundierter Ausbildung in diesem Bereich. Sie bieten für die Polizei eine gewisse Grundsicherheit.

Er befürworte und unterstütze die hier durch die Ordnungsbehörde getroffene Ablehnung der Veranstaltung, da er ebenso der Auffassung sei, dass es am „besonderen Anlass“ fehle, so Herr Pollmann.

Ausschussmitglied Branse kritisierte, dass dann, wenn die Verwaltung nicht so entscheide wie der Bürger es wünsche, dieses gleich an die große Glocke gehängt werde. Er denke, dass die Gemeinde Rosendahl in diesem Bereich mit der größtmöglichen Sorgfalt vorgehe und alles richtig gelaufen sei.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass er die getroffene Entscheidung von Fachbereichsleiter Homering voll mittrage.

Für die CDU-Fraktion teilte Herr Kuhl mit, dass diese fest davon überzeugt sei, dass die Verwaltung richtig gehandelt habe. Er halte die Anfrage der Grünen daher für abgehandelt.

Ausschussmitglied Reints betonte, dass es nicht Sinn der Anfrage gewesen sei, das Verhalten der Verwaltung grundsätzlich zu verurteilen. Seitens der Grünen habe man lediglich wissen wollen, inwieweit die Verwaltung in diesem Bereich Spielraum habe. Die Information, die man erhalten wolle, habe man erhalten.

4.1 Kindergartenversorgung in der Gemeinde Rosendahl im Kindergartenjahr 2006/07

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über den Inhalt eines Gespräches mit dem Kreisjugendamt, den Kindergartenvertretern sowie der Gemeinde Rosendahl am 18. Januar 2006 im hiesigen Rathaus zum Thema Kindergartenversorgung im Kindergartenjahr 2006/07. Die Übersicht über die Kindergartenversorgung im Kindergartenjahr 2006/07 ist dem Protokoll als **Anlage III** beigefügt.

4.2 Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Übernahme der Einrichtungskosten für die Erweiterung des Umkleidegebäudes

Allgemeiner Vertreter Gottheil informierte die Ausschussmitglieder über den Inhalt des zwischenzeitlich vorliegenden Antrages des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick auf Übernahme der Einrichtungskosten für die Erweiterung des Umkleidegebäudes.

Dieser Antrag, der dem Protokoll als **Anlage IV** beigefügt ist, werde dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 9. März 2006 zur Beratung vorgelegt, die abschließende Entscheidung durch den Rat sei dann für den 6. April d.J. vorgesehen.

5 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 Gescho

5.1 Teilnahme der Gemeinde Rosendahl an der Messe 'Bauen und Wohnen' - Herr Steindorf

Ausschussmitglied Steindorf fragte unter Bezugnahme auf die Vermarktung gemeindlicher Baugrundstücke nach, ob die Gemeinde Rosendahl auf der vom 23. – 26. März stattfindenden Messe ‚Bauen und Wohnen‘ in der Halle Münsterland vertreten sei. Er regte an, über eine Teilnahme nachzudenken.

5.2 Müllcontainerplatz im Ortsteil Osterwick - Herr Kuhl

Ausschussmitglied Kuhl fragte nach der Höhe der Verwarnungs- und Bußgelder für festgestellte Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Müllcontainerplatzes in Osterwick. Fachbereichsleiter Homering teilte mit, dass die Höhe der Verwarnungs- und Bußgelder gekoppelt sei an der Art der Ordnungswidrigkeit, z.B. dem Grad der verursachten Umweltverschmutzung. Für die Festsetzung der Verwarn- und Bußgelder

nach dem Abfallrecht sei der Kreis zuständig, hierüber erhalte die Ordnungsbehörde der Gemeinde Rosendahl keine Auskunft.

Die Verwaltung wird eine Änderung der gemeindlichen Abfallsatzung dergestalt vorschlagen, dass die Tatbestände des Falschbefüllens sowie des Abladens des Mülls vor den Containern zukünftig als Ordnungswidrigkeit durch die Gemeinde geahndet werden können.

5.3 Aufstellung eines Schildes am Müllcontainerplatz im Ortsteil Osterwick - Herr Neumann

Ausschussmitglied Neumann fragte nach, wann das Hinweisschild am Müllcontainerplatz aufgestellt werde. Diese solle nach seiner Auffassung nicht nur in deutscher Sprache, sondern auch in der Sprache der hier wohnenden ausländischen Mitbürger verfasst sein.

Bürgermeister Niehues sagte Überprüfung zu.

6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

6.1 Busbahnhof Holtwick - Herr Strahl

Herr Strahl fragte nach, ob zwischenzeitlich das Fahrrad vom Fahnenmast am Busbahnhof Holtwick heruntergeholt worden sei.

Bürgermeister Niehues sagte Überprüfung zu.

6.2 Streupflicht privater Grundstückseigentümer - Herr Strahl

Herr Strahl wies darauf hin, dass ihm aufgefallen sei, dass einige Grundstückseigentümer ihren Bürgersteig nicht von Schnee und Eis befreien würden. Gerade auf Nebenstraßen sei die Sturzgefahr hoch. Er fragte nach, wer im Schadensfall hier haftbar gemacht werde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass dieses Risiko der betreffende Grundstückseigentümer trage. Er bat Herrn Barisch, auf diese Problematik nochmals in der Allgemeinen Zeitung hinzuweisen.

6.3 Zustand der Wirtschaftswege - Herr Strahl

Herr Strahl wies darauf hin, dass die Wirtschaftswege, insbesondere der Wirtschaftsweg in Holtwick gegenüber vom Friedhof, zur Zeit sehr verdreckt seien. Dies vertrage sich nicht mit dem Umstand, dass die Gemeinde Rosendahl für Fahrradtourismus werbe.

Fachbereichsleiter Homering teilte hierzu mit, dass auf Wirtschaftswegen Verschmutzungen insbesondere durch landwirtschaftliche Arbeiten vom Bürger hinzunehmen seien. Bei größeren Verschmutzungen sei der Landwirt gehalten, diese selbst zu beseitigen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, auf die Landwirte einzuwirken, dass die Wege möglichst sauber gehalten werden.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in